

Dachauer Gerichts-Drama (S. 4 & 5)

## Die Utopie vom absoluten Schutz



Jetzt werden wieder Rufe nach schärferen Kontrollen, nach mehr Sicherheit in den Justizgebäuden laut. Es ist ein nachvollziehbarer Reflex, wenn uns brutale Verbrechen bis ins Mark erschüttern. Weil uns die Frage quält, wieso ein junger Staatsanwalt in einem bayerischen Gerichtssaal hingerichtet werden konnte. Wie kann es sein, dass dieser Typ mit einer Pistole in der Hosentasche da einfach reinmarschiert? Diesen Vorwurf muss sich Justizministerin Beate Merk gefallen lassen. Auch wenn sie in einem Punkt natürlich recht hat: Gerichte können nicht in Festungen verwandelt

werden, nicht jeder Routineprozess um einen verlorenen Führerschein oder Sozialbetrug überwacht werden wie eine Kriegsverbrecher-Verhandlung. Das können die kleinen Amtsgerichte gar nicht leisten. Dennoch: Eingangskontrollen, Metall-Detektoren – oder, dass man einem offenbar bekannt aggressiven Angeklagten einmal in die Taschen schaut, sind das Mindeste, was geschehen muss. Hier braucht es Material und mehr Personal. Absoluten Schutz vor menschlichen Zeitbomben gibt uns das nicht, das ist Utopie. Aber es sorgt zumindest für mehr Sicherheit.

STEFAN DÖRNER

Zum Tage



tz-Zeichnung: Haitzinger

Behörden schnüffeln öfter (S. 1)

## Ausnahme wird zur Routine



Was als Ausnahme gedacht war, ist mittlerweile zur Routine geworden. Immer häufiger fragen die Behörden die Kontodaten von Privatleuten ab. Es ist ein Fall, der beweist, dass neugierige Behörden nicht mit allzu weitreichenden Befugnissen ausgestattet werden dürfen. Die Bundesregierung ist jetzt gefragt. Sie muss der ausufernden Praxis Einhalt gebieten. Natürlich sind die Fallzahlen bisher noch im geringen Bereich, doch der Trend ist eindeutig. Das Bankgeheimnis – ohnehin nur noch ein Schatten seiner selbst – darf nicht noch weiter ausgehöhlt werden.

Die Rechnung, die hier von staatlicher Seite aufgemacht wird, geht nämlich nicht auf. Für den Erfolg, ein unangemeldetes Konto eines Hartz-IV-Empfängers oder eines Steuerhinterziehers aufzuspüren, das Bankgeheimnis für alle weiter auszuhöhlen, ist kurzzeitig – zumindest aus Bürgersicht. Dasselbe gilt für alle Grundrechtseingriffe – denn was anfangs nur auf eine kleine Gruppe angewendet werden soll, kann dank der technischen Machbarkeit zur Routine werden. So bedroht sich der freiheitliche Staat in letzter Konsequenz selbst.

MARC KNEIPKAMP

# +++ Licht und Schatten: Regierung legt Integrationsbericht vor +++

Kleine Fortschritte will Maria Böhmer, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, aus dem neuen Integrationsbericht ihres Hauses ablesen. 260 Seiten voller Licht und Schatten hat Böhmer gestern vorgelegt. Die tz fasst sie zusammen:

## Der Ausländer-Report

**Zahl der Migranten:** 16 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund – das sind 19,5 Prozent der Einwohner der Bundesrepublik.

Migrationshintergrund bedeutet, dass sie entweder selber Ausländer sind, oder dass sie eingewandert oder eingebürgert sind. Außerdem haben auch die Kinder dieser Menschen einen Migrationshintergrund.

**Kindertagesstätten:** Besonders in Kinderkrippen können Kinder, in deren Elternhaus kein Deutsch gesprochen wird, sich früh an die Sprache ihres Landes gewöhnen.

Allerdings werden nur 12,2 Prozent der Unter-Dreijährigen mit Migrationshintergrund in einer solchen Einrichtung betreut. Bei den gleichaltrigen Kindern ohne Migrationshintergrund liegt die Quote immerhin bei 27,7 Prozent. Ab dem Kindergartenalter verbessert sich die Betreuungsquote dann bei allen Kindern. Für Drei- bis

Sechsjährige liegt sie bei Migranten-Kindern bei 85,7 Prozent, bei Nicht-Migranten sogar bei 94,9 Prozent.

**Schulbildung:** Ein Lichtblick: Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aber ohne Schulabschluss ging von 2005 bis 2010 um 15 Prozent zurück. Insgesamt bleiben aber immer noch 4,4 Prozent der Migranten ohne Abschluss. Von den Kindern ohne Migrationshintergrund bleiben 1,6 Prozent ohne einen Schulabschluss.

**Berufsausbildung:** Der Anteil der 25- bis unter 35-Jährigen ohne beruflichen Bildungsabschluss oder Hochschulabschluss ist unter Migranten deutlich höher (31,6 Prozent) als unter den Nicht-Migranten (9,2 Prozent).

**Beschäftigungsquote:** Die Arbeitslosenquote in der ausländischen Bevölkerung ging von 2005 bis 2010 von 25,1 Prozent auf 15,8 Prozent zurück. Zwischen Deutschen und Ausländern klafft eine Beschäftigungslücke von 12,3 Prozent.

**Armut:** 26,2 Prozent der Migranten sind von Armut bedroht. Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund sind es 14,5 Prozent.

**Wohnen:** 26,2 Prozent der Migranten besitzen Wohneigentum. In der Gesamtbevölkerung sind es 44,4 Prozent.

**Kriminalität:** Die Kriminalitätsquote in der ausländischen Bevölkerung liegt bei 5,3 Prozent – in der Gesamtbevölkerung bei 2,6 Prozent. Ähnlich ist es bei Gewaltdelikten.

M. KNEIPKAMP



Kinder vieler Nationalitäten spielen in einer Tagesstätte in Ludwigshafen im Sand

Foto: Torsten Silz/ddp

## Experte: Das steckt hinter den Zahlen

Migranten geht es besser in Deutschland. Freuen Sie sich?

**Prof. Christoph Butterwegge:** Ich sehe die Entwicklung differenzierter. Den Migranten an sich gibt es überhaupt nicht. Herr Ackermann ist schließlich auch einer. Und sein Armutsrisiko lässt sich kaum mit dem eines Flüchtlings vergleichen. So sagt es etwa wenig aus, wenn die Arbeitslosigkeit von Migranten zahlenmäßig zurückgegangen ist. Viele könnten einfach nur im Niedriglohnbereich untergekommen sein.

**Immerhin ist die Zahl der Migranten ohne Schulabschluss gesunken...**

**Butterwegge:** Aber das sagt

nichts über die Gründe: Liegt es am stärkeren Bildungsehrgeiz von Eltern und ihren Kindern, an besserer Förderung oder einer veränderten Bildungspolitik? Vor allem wissen, wenn die Schulbildung 16 Bundesländern unterliegt? Aus dem Integrationsbericht geht herzlich wenig Konkretes hervor.

**Warum ist die Kriminalitätsrate bei Ausländern höher?**

**Butterwegge:** Das liegt einerseits an der polizeilichen Kriminalstatistik, die auch Vergehen wie Verstöße gegen Meldegesetz umfasst, die man als Deutscher



tz-Interview mit Prof. Christoph Butterwegge Armutsforscher Uni Köln

gar nicht begehen kann. Aber auch häufigerer Raub oder Totschlag bei Migranten hat nichts mit ihrer Herkunft oder Religion zu tun, sondern liegt an der sozio-odemografischen Struktur: Die ausländische Wohnbevölkerung ist jünger und stärker männlich als die deutsche, die älter und überwiegend weiblich ist. Dazu kommt die schwierigere materielle

Lage vieler Migranten: Wer sozial schlechter gestellt ist, den verlockt fremdes Eigentum natürlich mehr.

**Wie erklären Sie sich, dass Migranten für gleiche Wohnungen mehr Miete zahlen müssen?**

**Butterwegge:** Einen fremd klingenden Namen zu haben, anders auszusehen oder nicht an den Christengott zu glauben, macht Schwierigkeiten auch bei der Wohnungssuche. Hier herrschen nach wie vor rassistische Vorurteile und indirekte Diskriminierung, nicht zuletzt wegen der Sarrazin-Debatte. Migranten kann man mehr Miete abverlan-

gen, weil ihr Chance auf billigeren Wohnraum geringer ist. Bei der Beschäftigung von Migranten gibt es das gleiche Problem, wo sie eher die schlechter bezahlten Jobs bekommen.

**Warum?**

**Butterwegge:** Mancher Personalchef entscheidet sich bei gleicher Qualifikation eher für einen Karl Schmidt als einen Mesut Özgür. Dazu kommt noch ein Inländerprimat beim Job: Arbeitsagenturen müssen etwa zuerst die Deutschen vermitteln und dann die Ausländer. Das verschlechtert die Lage der ausländischen Arbeitslosen zusätzlich.

**Wie erklären Sie sich, dass Ausländer ihre Kinder so selten in Kitas geben?**

**Butterwegge:** Je nach kultureller Prägung gibt es zum einen die stärkere Tendenz, das Kind in der

Familie zu lassen. Aber oft hat eine türkische Familie auch nur theoretisch die Möglichkeit, ihr Kind in einen katholischen Kindergarten zu geben.

**Was würde hier das geplante Betreuungsgeld bewirken?**

**Butterwegge:** Eine Verschärfung der Lage. Es verlockt sozial benachteiligte Eltern, ihre Kinder nicht in eine Krippe zu geben, weshalb sie womöglich anrechnungsgärmer erzogen werden und ihnen schlechtere Chancen bei der Einschulung gibt. Das wiederum macht es den Kindern schwerer, aus ihrem sozialen Milieu herauszukommen. Denn generell gibt es einen Denkfehler bei der Integrationsdebatte: Viele Probleme der Migranten haben nichts mit ihrer ethnischen, sondern mit ihrer sozialen Herkunft zu tun.

INTERVIEW: W. SCHNEEWEIS